



grün.

NEIN
zur Kündigungs-
initiative



Für eine zukunftsfähige
Stadt Bern:
Sophie Achermann,
Lea Bill, Ursina Anderegg,
Devrim Abbasoglu-Akturan

STAND ●

Saskia Rebsamen
● **Der Wahlkampf kann
losgehen!**

MITTEL ●

Ursina Anderegg und
Andi Geu
● **Nachhaltige Finanzpo-
litik statt Rasenmäher**

SICHT ●

Sophie Achermann und
Christine Michel
● **«Nie waren Frauen
präsender als jetzt»**

Der Wahlkampf kann losgehen!

Die Stadtrats-Kandidat_innen sind nominiert und ihre Listenplätze ausgelost, die Kampagne ist geplant. Wir sind bereit, in den nächsten Monaten engagiert und aktivistisch möglichst viele Wähler_innen vom GB und seinen Kандis zu überzeugen. Unser Slogan: Solidarisch. Feministisch. Grün.

Unsere Juni-Mitgliederversammlung im Gaskessel drehte sich rund um die kommenden Stadtratswahlen: Wir haben die Kandidat_innen vorgestellt, nominiert und ihre Listenplätze live ausgelost. Bewusst haben wir uns entschieden, dieses Jahr den Zufall statt wie üblich das Alphabet über die Reihenfolge der Plätze entscheiden zu lassen. So garantieren wir grösstmögliche Fairness.



Einige der top-motivierten GB-Kandidat_innen an der Nominationsveranstaltung im Juni

Unsere 40 Kandidat_innen sind divers, vielfältig und gut vernetzt. Sie alle sind höchst motiviert, den kommenden Wahlkampf gemeinsam zu gestalten, um Stimmen fürs GB zu werben und auch den Sitz unserer Gemeinderätin Franziska Teuscher zu verteidigen. Damit wir in den nächsten Monaten erfolgreich auf der Strasse, in den Quartieren und im Internet unterwegs sein können, ist eine kreative Mitmach-Kampagne geplant. Wir werden unseren Wahlkampf engagiert und aktivistisch austragen: mit einer Wanderausstellung, Standaktionen mit unserem Cargo-Bike, STAMM-Tischen und mit GB-Velofähnli.

Eine solche Kampagne kostet viel Geld. Als entschiedene Befürworterin der Transparenzvorlage, über die wir im September abstimmen, hat das GB in den letzten Jahren schon immer konsequent die Wahlfinanzierung veröffentlicht. Für die kommenden Wahlen rechnen wir mit Ausgaben bis zu 80'000 Franken. Diese decken wir durch unsere Mitgliederbeiträge und durch Spenden.

Unser Wahlkampf lebt aber nicht von teuren Plakaten und Inseraten allein, sondern vor allem vom Einsatz aller GB-Mitglieder. Zeigen wir Einsatz, damit das GB weiterhin gut im Stadtrat vertreten ist und sich für eine lebenswerte Stadt Bern für alle einsetzen kann: Solidarisch, Feministisch, Grün!

Saskia Rebsamen, GB-Praktikantin und Stadtratskandidatin JA!

Abstimmungen vom 27. September 2020

Stadt

- **JA** zur Transparenz in der Finanzierung von politischen Parteien und Kampagnen
- **JA** zum Baukredit «Reichenbachstrasse 118»
- **JA** zur Sanierung des Freibads Weyermannshaus
- **JA** zum Neubau der Heilpädagogischen Schule

Kantonal

- Keine

National

- **NEIN** zum missratenen Jagdgesetz
- **JA** zum überfälligen Mini-Vaterschaftsurlaub
- **NEIN** zu den nutzlosen Luxus-Kampfjets
- **NEIN** zum Steuerbonus für reiche Eltern
- **NEIN** zur gefährlichen Kündigungsinitiative



Auch Bern hat ein Rassismusproblem

Die weltweiten Proteste der BlackLivesMatter-Bewegung haben vor allem eines gezeigt: Rassismus ist Alltag und es sind viele Menschen davon betroffen. In Bern zeigt sich das unter anderem im Racial Profiling bei Personenkontrollen durch die Kantonspolizei.

Neu ist das Thema nicht: Seit Jahren machen Organisationen und Betroffene darauf aufmerksam, dass bei Personenkontrollen durch die Kantonspolizei Racial Profiling betrieben wird – dass also Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe oder ihres Aussehens gezielt und ohne anderen Grund kontrolliert werden. Auch im Berner Stadtrat ist das Thema präsent. So wurde ein Vorstoss überwiesen, der ein Quittungssystem fordert: Bei jeder Personenkontrolle soll eine Quittung ausgestellt werden. So könnte Transparenz hergestellt und Racial Profiling endlich sichtbar gemacht werden. Zudem wird auf Kantonsebene eine unabhängige Beschwerdestelle gefordert, bei der sich Betroffene melden können. Denn heute

müssen sie sich genau an jene Stelle wenden, die sie anzeigen wollen: die Polizei.

Bis heute wurde keine der geforderten Massnahmen umgesetzt. Grund dafür ist das fehlende Bewusstsein der Kantonspolizei für den strukturellen Rassismus. Ausserdem übernehmen die verantwortlichen Regierungen die sehr banale Argumentation der Kantonspolizei völlig unkritisch: Es gebe kein Problem mit Rassismus und kein Racial Profiling bei Personenkontrollen, Massnahmen seien deshalb nicht nötig. Die Geschichten der direkt betroffenen Menschen zeigen ein anderes Bild: Wer eine dunklere Hautfarbe hat, wird um einiges öfter kontrolliert als weisse Menschen. Für eine solche Ungleichbehandlung gibt es in einem demokratischen Gemeinwesen keinen Platz!

*Lea Bill, GB-Stadträtin,
Co-Fraktionspräsidentin GB/JA!*

«Bei Racial Profiling weist die Kantonspolizei jegliche Schuld von sich und Gemeinde- und Regierungsrat lassen zu, dass keine Massnahmen ergriffen werden. Das ist inakzeptabel. Das GB muss die Mehrheit auf städtischer Ebene nutzen, damit die Polizei ihre Praxis kritisch reflektiert und endlich wirksame Massnahmen umsetzt.»



Wir müssen das «Weyerli» erhalten!

Das Freibad Weyermannshaus lädt jedes Jahr Tausende von Menschen zum Baden und zum Verweilen ein. Nun stimmen wir über einen Baukredit für eine Sanierung im Umfang von 48 Mio. Franken ab. Diese hohe Summe ist der Grösse des Bads geschuldet. Die Sanierung ist zwingend nötig, damit weiterhin eine Betriebsbewilligung erteilt werden kann.

Das «Weyerli» ist einzigartig: Dank dem riesigen Schwimmbecken ist das Weyerli das grösste Freibad der Schweiz. Und auf der grossen umgebenden Liegewiese lässt es sich im Schatten der vielen Bäume wunderbar verweilen. Das nutzen Menschen aus allen Altersschichten und mit unterschiedlichster Herkunft. Das Bad wurde 1958 gebaut und 1971 saniert und erweitert. Schon vor zwanzig Jahren war klar, dass einmal eine umfassende Sanierung notwendig wird.

Zugegeben, das vorliegende Sanierungsprojekt entspricht den hohen ökologischen Ansprüchen des GB nicht ganz. Aber eine noch natur-nahere Variante

wäre doppelt so teuer. Und es wäre nicht sicher gewesen, ob die dafür nötige Technik an heissen Tagen mit grossem Besucheraufkommen genügend leistungsfähig wäre. Immerhin geht die geplante Sanierung sorgfältig mit dem Grundwasser um, das in der Schweiz bekanntlich gefährdet ist. Und während des Sommers wird nicht mehr Wasser verbraucht werden als heute, im Winter sogar weniger.

In Ausserholligen – wo das «Weyerli» liegt – sind neue Schulen, Gewerberäume, Wohnungen und Büros geplant. Das Bad wird in Zukunft mit Sicherheit noch mehr Nutzer_innen haben. Die Anlage ist für die Gesellschaft sehr wichtig als Begegnungsort für alle Bevölkerungsgruppen.

Devrim Abbasoglu-Akturan, GB-Stadträtin

«Dem GB ist es wichtig, dass Planungsprozesse in der Stadtentwicklung ganzheitlich gestaltet werden. In ein wachsendes Quartier gehören auch gute Freizeitanlagen. Eine Schliessung des «Weyerli» wegen fehlender Sanierung wäre für uns undenkbar. Obwohl wir wegen der Sanierung eine ganze Saison (Sommer 2021) auf unser «Weyerli» verzichten müssen, stimmen wir JA für diese Investition in die Zukunft.»

Nachhaltige Finanzpolitik

Facts-Box

Petition gegen Sozialabbau

Mitte August hat eine breite Allianz aus sozialen und soziokulturellen Organisationen, Quartierkommissionen und Parteien die Petition «Kein Abbau bei Angeboten für Kinder, Jugendliche, Familien, sozial benachteiligte Menschen» zuhanden des Stadtrates lanciert. Mit der Petition wehrt sich die Allianz gegen den Sozialabbau, den der Gemeinderat durch die lineare Logik von Sparquoten nach Grösse der Direktionen vornehmen will. Die Gemeinwesenarbeit und Soziokultur funktionieren in der Stadt Bern über ein breites Netz an Angeboten, die nah bei den Menschen sind und präventiv und integrierend wirken, führt das Petitionskomitee an. Nun soll zum Beispiel beim Mütterzentrum Bern-West, bei der offenen Arbeit mit Jugendlichen und Kindern, der Schulsozialarbeit, der Kinder- und Jugendkultur, bei Sportvereinen sowie zahlreichen niederschweligen Unterstützungs- und Beratungsangeboten gespart werden. Die Unterzeichnenden fordern den Stadtrat auf, im Budget 2021 Sparmassnahmen im Umfang von ca. 1.6 Mio. Franken rückgängig zu machen und sich längerfristig für die für viele Menschen notwendigen Angebote einzusetzen.

Das GB unterstützt die Petition. Mehr Infos unter www.spieleninbern.ch

Die Stadt Bern ist seit Jahren finanzpolitisch auf gutem Weg. Es gelang, Überschüsse für Sanierungen zu nutzen und die Stadt ökologisch und sozial weiterzuentwickeln. Wegen der Corona-Pandemie und der unerwarteten Ausfälle an Unternehmenssteuern 2019 befindet sich die Stadt jedoch aktuell in einer finanzpolitisch verunsicherten Situation. Für das GB ist trotzdem klar: Mit einer umsichtigen Finanzpolitik ist es auch in Zukunft möglich, in Klimaschutz und soziale Infrastruktur zu investieren.

2019 wies die Rechnung der Stadt Bern einen Verlust von gut 17 Mio. Franken auf. Grundsätzlich liegt dieses Defizit bei einem Budget von 1.2 Mia Franken im Rahmen der üblichen Schwankungen und stellt kein existenzielles Problem dar. Jahrelange Überschüsse führten zudem zu einem Bilanzüberschuss von 105 Mio. Franken (Stand vor Deckung Defizit 2019). Es ist unklar, ob es sich bei den Steuereinsparungen 2019 um einen einmaligen Taucher oder einen Trend handelt. Bezüglich der Corona-Krise ist zudem noch schwer abzuschätzen, welche finanziellen Auswirkungen auf die Stadt Bern zukommen werden. Eine fundierte Einschätzung darüber, wie sich die finanzielle Lage in der Stadt Bern präsentiert, ist also schwierig.

Es ist hinlänglich bekannt, dass ein antizyklisches Verhalten der öffentlichen Hand konjunkturpolitisch sinnvoll ist. Dazu kommt, dass im aktuellen Negativ- bzw. Tiefzinsumfeld eine Verschuldung so attraktiv wie selten ist: Der Bund und zahlreiche Kantone und Gemeinden verschulden sich deshalb momentan in höherem Umfang. Es braucht nun kluge Investitionen und keine kurzfristigen Rasenmäher-Aktionen.

Dennoch hat der Gemeinderat nun beschlossen, beim Budget 2021 20 Mio. und für die Jahre 2022 35 Mio. sowie ab 2023 45 Mio. Franken einzusparen. Dies, obwohl er davon ausgeht, dass 2024 die Steuereinnahmen wieder das gleiche Niveau wie 2019 erreichen werden. Das GB kann die Höhe dieser Sparziele nicht nachvollziehen – und kritisiert auch die Vorgehensweise des Gemeinderates. So hat er es beim Schnüren der ersten Sparpakete (Budget 2020 und 2021) unterlassen, inhaltlich zu priorisieren, und einfach mittels Quotenschlüssel den Rasenmäher angesetzt – jede Direktion muss eine nach ihrer Grösse festgelegte Sparquote erfüllen. Diese Logik führt erstens zwingend zu Sozialabbau, da die Direktion für Bildung, Soziales und Sport (BSS) als grösste Direktion am meisten sparen muss. Zweitens ist damit



keine übergreifende Aushandlung und politische Gewichtung unter den Direktionen erfolgt, was wiederum drittens dazu geführt hat, dass Sparmassnahmen beim Personal nicht sozialpartnerschaftlich ausgehandelt wurden. Es liegt nun am Stadtrat, diese Logik in der Budgetberatung zu durchbrechen und die Fehler des Gemeinderates zu korrigieren.

Spielraum ausloten

Für die längerfristige strategische Haushaltsüberprüfung, die der Gemeinderat momentan am Erarbeiten ist, braucht es eine politische Gesamtsicht mit klaren Handlungsleitsätzen. Das GB ist überzeugt, dass neben einer Priorisierung der Ausgaben und Investitionen die bisherigen finanzpolitischen Grundsätze hinterfragt werden müssen. Der Gemeinderat muss Spielräume – trotz des engen Korsetts der kantonalen Vorgaben – ausloten und nutzen. Konkret geht es z. B. um Fragen zur Erhöhung der Bruttoverschuldungsquote oder zur Aufweichung der Vorgaben zum Mindest-Bilanzüberschuss. Hierzu sind

statt Rasenmäher



Für eine nachhaltige
Finanzpolitik!
#konsequentgrün

sorgfältige Analysen zur Entwicklung der Steuereinnahmen nötig, um verantwortungsvoll budgetieren zu können. Nur so kann es gelingen, die Stadt nach wie vor ökologisch und sozial weiterzuentwickeln und die Folgen der Coronakrise abzufedern.

Eine solidarische, feministische und grüne Politik benötigt Investitionen

Das GB wird sich in der inhaltlichen Priorisierung der städtischen Ausgaben und Einnahmen an seinen Handlungsgrundsätzen orientieren: «Solidarisch. Feministisch. Grün.» Die Stadt muss nun dringend das gute, ambitionierte Klimamassnahmenpaket umsetzen, das der Gemeinderat 2019 präsentiert hat. Wenn wir hier nicht schnell vorwärts machen, kann die Stadt ihre Klimaziele nicht erreichen. Und: Wer heute nicht in den Klimaschutz investiert, wird bald teurer dafür bezahlen!

Es braucht zudem gerade in diesen Zeiten Investitionen in die soziale Infrastruktur: Durch den jahrelangen Sozialabbau auf kantonaler und nationaler

Ebene ist die rote Linie schon längst überschritten. Die Krise wird soziale Ungleichheiten verstärken und es werden noch mehr Leute von Armut bedroht oder betroffen sein. Die Stadt steht umso mehr in der Verantwortung, niederschwellige und präventive Angebote für Menschen in prekären Situationen auszubauen. Diese Investition lohnt sich auch finanzpolitisch, da längerfristig höhere Gesundheits- und Sozialhilfekosten vermieden werden.

Das GB setzt sich im Stadtrat und ausserparlamentarisch gemeinsam mit Mitstreiter_innen deziert für die notwendigen Korrekturen im Budget 2021 sowie längerfristig für eine nachhaltige Finanzpolitik ein.

Das GB-Positionspapier «Finanzen 2020» ist auf der Website abrufbar.

Andi Geu, Mitglied leitender Ausschuss und Stadtratskandidat; Ursina Anderegg, Co-Präsidentin und GB-Stadträtin

AKTIONEN



● PARK statt Platz

Am 18. September findet der alljährliche PARK (ing) Day statt. Einen Tag lang besetzen wir Parkplätze, um sie kreativ umzunutzen. Was wir alles mit dem öffentlichen Raum machen können, wenn er nicht von einem Auto besetzt wird, das durchschnittlich sowieso rund 95 % der Zeit rumsteht – seht ihr, wenn ihr uns in der Lorraine und im Breitenrain besuchen kommt.

Mehr Infos auf www.gbbn.ch.

Corona fordert den Sozialstaat heraus

Die Coronakrise zeigt es deutlich: Der Sozialstaat hat Lücken. Und: Das Virus trifft die sozial Schwächsten am härtesten. Es braucht deshalb Reformen in der Sozialpolitik, mehr soziale Sicherheit und mehr sozialen Ausgleich.



Das GB setzt sich seit Jahren gegen Sozialabbau ein. Hier an einer Demo 2017

Mit den Leistungen der Sozialversicherungen allein könnten die sozialen Folgen der Coronakrise nicht bewältigt werden. Es brauchte deshalb zusätzliche milliardenschwere Hilfsprogramme des Bundes für alle, welche wegen des Virus Arbeit und Einkommen verlo-

ren haben. Die Coronakrise zeigt, dass das soziale Sicherungsnetz grosse Lücken aufweist. Selbständig Erwerbende beispielsweise standen als Folge des Lockdowns plötzlich ohne Einkommen und soziale Absicherung da. Und wer durch die Maschen der staatlichen Hilfsprogramme fiel, musste sich beim Sozialamt anmelden. Die Pandemie macht deutlich, wie wichtig die Sozialhilfe als letztes soziales Auffangnetz ist. Sie sichert nicht nur die Existenz von Bedürftigen, sondern gewährleistet auch eine Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Mit grosser Erleichterung blicken wir deshalb auf die Abstimmung im Kanton Bern vom Mai 2019 zurück, in welcher die radikale bürgerliche Abbauvorlage für die Sozialhilfe abgelehnt wurde.

Die Coronakrise hat aber auch aufgezeigt, dass es viele Personen gibt, welche keinen Anspruch auf staatliche Leistungen haben. Belastend waren für sie die Unsicherheiten in Bezug auf ihre finanzielle Situation und den Arbeitsplatz sowie generelle Zukunftsängste. Für diese Personen braucht es nun rasch neue Lösungen. Bedenklich ist auch, dass viele Ausländer_innen sich nicht mehr trauen, Sozialhilfe zu beantragen, weil sie damit Gefahr laufen, ihren Aufenthaltsstatus zu verschlechtern. Die Stadt Bern hat deshalb den Regierungsrat aufgefordert, die geltenden Vorschriften grosszügig im Sinne der Betroffenen auszulagern. Die Coronakrise trifft die sozial Schwächsten besonders hart. Es braucht deshalb wirksame sozialpolitische Reformen zugunsten dieser Bevölkerungsgruppe.

Franziska Teuscher, GB-Gemeinderätin der Stadt Bern

Vorstösse | Erfolge

Streit um Pop-Up-Bars

● Nebst Finanzen und grossen Bauvorhaben erhitzt zurzeit im Stadtrat ein Thema die Gemüter: die Bewilligungspraxis bei Pop-Up-Bars. Die Fraktion GB/JA! hat dazu eine dringliche Interpellation eingereicht. Die Antwort des Gemeinderats zeigt: Mögliche Orte für Pop-Up-Bars werden nicht ausgeschrieben. Interessierte Betreiber_innen können stattdessen ein Gesuch einreichen. Hauptkriterium für die Erteilung der Bewilligung ist: Die Bar muss für eine befristete Zeitdauer betrieben werden. Das Quartier wird erst nach Bewilligung des Gesuchs informiert und angehört.

Was sich pragmatisch und niederschwellig anhört, führt in der Praxis dazu, dass eine Handvoll Unternehmen einen Grossteil der Pop-Up-Bars an den immer gleichen Orten betreibt. Das führt dazu, dass diese eigentlich öffentlichen Orte ohne Konsumzwang nur noch für diejenigen zugänglich sind, die an einer Bar konsumieren wollen. Das GB wehrt sich weiterhin gegen diese Beschlagnehmung und einseitige Belegung von öffentlichem Raum. Für ein Bern für alle ist ein öffentlicher Raum für alle unabdingbar.

*Lea Bill, GB-Stadträtin,
Co-Fraktionspräsidentin GB/JA!*

«Nie waren Frauen präsenter als jetzt»

Herzliche Gratulation, Sophie Achermann! Seit diesem Sommer vertrittst du das GB im Stadtrat. Wo möchtest du Schwerpunkte setzen?



Die GB-Stadträtin Sophie Achermann engagiert sich für mehr Frauen in der Politik.

● Mein Kernanliegen ist die Gleichstellung der Geschlechter. Auch in der Stadt Bern muss noch viel passieren, damit Frauen* und Männern* die gleichen Chancen zuteilwerden und strukturelle Diskriminierung von Frauen* aus dem Alltag verschwindet. Nach wie vor ist etwa Gewalt gegen Frauen und Kinder ein Problem. Hier muss die Politik mit echtem Engagement und Geld dafür sorgen, dass diese ein Ende nimmt.

Beruflich bist du Geschäftsführerin der alliance f, dem Dachverband der Schweizer Frauenorganisationen. Beflügelt der eindrückliche Frauenstreik von 2019 auch die nationale Gleichstellungspolitik?

● Der Frauenstreik hat gezeigt, dass Gleichstellungsanliegen in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind und von einer breiten Bewegung getragen werden. Das gibt der Gleichstellungspolitik Rückhalt. Jetzt ist es umso wichtiger, die Forderungen des Frauenstreiks ins Parlament zu tragen und in den kommenden Jahren so viel wie möglich davon umzusetzen. Aktuell zum Beispiel mit der Verankerung des

Prinzips «nur ja heisst ja» im revidierten Sexualstrafrecht.

Diesen Herbst kommt mit dem zweiwöchigen Vaterschaftsurlaub eine minimalistische Gleichstellungsvorlage zur Abstimmung. Warum lohnt es sich trotzdem, sich dafür einzusetzen?

● Sagen wir es so: Ein Nein zu zwei Wochen Vaterschaftsurlaub wäre auf jeden Fall ein falsches Signal und würde als Sieg des Referendatskomitees verstanden. Dieses bekämpft die Vorlage, weil sie zu teuer sei. Sollte sich dieses Narrativ durchsetzen, wird es umso schwieriger, endlich eine Elternzeitvorlage an die Hand zu nehmen. Und natürlich: Zwei Wochen sind viel zu wenig! Es sind aber immer noch zwei Wochen mehr als jetzt.

Gegen eine weitere Abstimmungsvorlage zu höheren Kinderabzügen bei den Steuern wurde von linker Seite das Referendum ergriffen. Die Entlastung von Familien ist doch grundsätzlich positiv?

● In der vorliegenden Gesetzesrevision stimmen wir über eine Erhöhung des Betreuungskostenabzugs und über eine Erhöhung der Kinderabzüge ab. Dabei spielt es keine Rolle, ob Kinder extern oder familienintern betreut werden. Von diesen Abzügen profitieren Familien, welche direkte Bundessteuern bezahlen. Das sind in erster Linie Gutverdienende. Nur jede zweite Familie profitiert von der Vorlage. Die Allgemeinheit kostet sie aber 350 Millionen Franken.

Die ursprüngliche Vorlage wollte den Kinderbetreuungskostenabzug auf 25'000 Franken erhöhen. Dies hätte weniger Kosten verursacht (10 Millionen Franken), einen Erwerbsanreiz für Frauen geschaffen und zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf beigetragen.

Die jetzige Vorlage ist ein Steuergeschenk für Gutverdienende und kommt vor allem Familien zu Gute, die ein Familienmodell leben, in dem eines der beiden Elternteile – meistens die Frau – Zuhause bleibt und die Betreuung übernimmt.

Was motiviert dich persönlich, dich politisch zu engagieren?

● Nie waren Frauen präsenter als im Moment. Wir haben im Berner Stadtrat eine Frauenmehrheit von 56% und im Nationalrat ein rekordhoher Anteil von 42% Frauen. Jetzt ist der Moment, um die Gleichstellung voranzutreiben.

Interview: Christine Michel, Redaktion grün.

Sei dabei!

- Freitag, 18. September 2020

PARK(ing) Day

Lorraine-Breitenrain-Quartier
 Mehr Infos auf www.gbbern.ch

- Mittwoch, 21. Oktober, 18:30 Uhr

GB-Mitgliederversammlung

Gaskessel, Sandrainstrasse 25, 3007 Bern

- STAMM-Tische mit Franziska Teuscher

Freitag, 11. September 2020

Bern Klimahauptstadt

Samstag, 17. Oktober 2020

Bern macht Schule

Samstag, 7. November 2020

Bern für alle

Mehr Infos auf www.franziska-teuscher.ch

- Informiert bleiben und aktiv werden:

Folge uns auf Social Media

Twitter: @GruenesBuendnis

Facebook: @GruenesBuendnisBern

Instagram: @gb.bern

Mach bei unserem aktiv@GB-Chat mit

Du möchtest der WhatsApp-Gruppe beitreten oder mehr darüber erfahren? Dann melde dich unter info@gbbern.ch oder 079 289 06 41

- Aktiv werden:

Trete unseren Wahlkampfteams bei!

Du möchtest das Grüne Bündnis im Wahlkampf unterstützen? Dann melde dich jetzt unter info@gbbern.ch und helfe mit, Social Media zu fluten, Flyer zu verteilen oder kreative Aktionen zu planen.

Mach mit!

Du möchtest Franziska Teuscher zur Wiederwahl verhelfen? Dann trete unter www.franziska-teuscher.ch ihrem Unterstützungskomitee bei.

Werde aktiv und bringe deine Fragen und Ideen ein! Unsere Arbeitsgruppen und das Sekretariat freuen sich über deine Kontaktaufnahme.

- **AG Finanzen**

Kontakt: info.finanzen@gbbern.ch

- **AG Frauenpolitik**

Kontakt: info.frauenpolitik@gbbern.ch

- **AG Internationales und Migration**

Kontakt: info.internationales@gbbern.ch

- **AG Kommunikation**

Kontakt: info.kommunikation@gbbern.ch

- **AG macht**

Kontakt: info.macht@gbbern.ch

- **AG Ökologie**

Kontakt: info.oekologie@gbbern.ch

- **AG Polizei**

Kontakt: info.polizei@gbbern.ch

Kontakt Sekretariat

Politische Sekretärin: Jelena Filipovic

Grünes Bündnis Stadt Bern

Breitenrainstrasse 59, 3013 Bern,

Postfach 2440, 3001 Bern

Tel. 031 301 82 09,

info@gbbern.ch, www.gbbern.ch

www.facebook.com/GruenesBuendnisBern

PC-Konto: 30-37923-6.

Merci!

Impressum:

Die Zeitschrift **grün.** für Mitglieder und Sympathisanten des Grünen Bündnis Stadt Bern erscheint viermal jährlich.

Abo-Preis: 20 Franken.

Redaktion:

Christine Michel, Marius Christen, Markus Heinzer, Myriam Duc, Jelena Filipovic

Fotos:

Manuel Friedrich, Ben Zumbühl, Pixabay

Gestaltung: transform.ch

Druck:

Bubenberg Druck- und Verlags-AG, Bern

Redaktionsschluss grün. Nr.41: 14. Oktober 2020

SCHLUSS

24 Milliarden Franken für Klimaschutz und Familienzeit?

Oder 24 Milliarden Franken für neue Kampfjets? Diese Frage können die Stimmbürger_innen bei den kommenden Abstimmungen am 27. September 2020 beantworten. Für mich ist klar: Jeder Steuerfranken kann nur einmal ausgegeben werden. Wenn die Schweizer Armee ihr neues Spielzeug – ihre neuen Kampfjets – kaufen darf, fehlt das Geld an anderen Orten. Gerade in Zeiten grosser Unsicherheit, (mit-) verursacht durch die Corona-Pandemie, wird das Geld an anderen Orten dringender gebraucht. Das Gesundheitspersonal ist am Anschlag, die Klimakrise ungelöst, Arbeitslosigkeit droht. Ganz zu schweigen von den globalen Mega-Problemen wie Hunger, Perspektivlosigkeit oder weiteren Fluchtursachen.

Neue Kampfjets lösen keines der drängendsten Probleme unserer Zeit. Im Gegenteil, ein Kampfjet verbraucht 5'000 Liter Kerosin pro Flugstunde. Damit könnte ein Auto 2,5 Mal um die Erde fahren. Die schweizerische Luftwaffe verursacht ca. 120'000 Tonnen CO2 pro Jahr. Das ist ungefähr so viel, wie alle Schweizer Energiestädte jährlich einsparen. Verhindern wir diese Verschwendung und stimmen wir Nein zu den Kampfjet-Milliarden!

Wir erinnern uns, wie wir während des Lockdown an unseren Fenstern oder Balkonen standen und für das Gesundheitspersonal klatschten. Mein Gegenvorschlag: Investieren wir das Geld sinnvoll und klatschen stattdessen für die Armee.



Michael Christen, GB-Stadtratskandidat, ehem. GSoA-Sekretär

